

Clubverstärker-Wahlprüfsteine zu den Wahlen der Bremischen Bürgerschaft 2019



Clubkultur ist Lebensqualität, Motor für Stadtentwicklung und den Wirtschaftsstandort Bremen sowie kulturelle Bereicherung für unsere Stadt. Die Freiräume, die Clubkultur schafft, sind jedoch bedroht. Junge und kreative Menschen verlassen die Stadt, weil sie hier nicht die Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten finden, die sie für ihr Handeln brauchen. Der Status quo führt zu Clubsterben und Abwanderung von High Potentials, die Folgen sind sinkende Lebensqualität und Attraktivität der Stadt Bremen sowie der Mangel an Fachkräften.

Livemusik und Spielstätten stehen für die niederschwelligste Art des interkulturellen und vorurteilsbefreiten Austauschs. Wir erleben in unserer Gesellschaft gerade einen gewaltigen Rechtsruck. Pop-Kultur aber ist in allen Facetten ein Lebensgefühl, eine Haltung, eine Sicht auf die Welt und längst Teil unserer Stadtgesellschaft. Sie zu fördern, bedeutet ein offenes Weltbild zu haben und sich gegen Intoleranz zu positionieren. Dies geschieht jährlich bei geschätzten 2,5 Millionen Besuchern unserer Spielstätten.

Der Clubverstärker e.V. ist ein Verbund von Musikspielstätten, Konzertveranstaltern und Festivals aus Bremen, Oldenburg und Umzu. Unser Ziel ist die Förderung, Vernetzung und Attraktivitätssteigerung der hiesigen Popkultur- und Clubszene. Wir setzen uns ein für eine aktive und lebendige Populärmusik-Kultur in Bremen und fordern mehr Anerkennung und Förderung für die Szene in Bremen. Wir stehen für ein Miteinander der Clubs, Bars, Politik und Behörden! Für mehr kulturelle Strahlkraft! Für ein attraktives Bremen!
www.clubverstaerker.de

Themenbereich – Musikstadt Bremen

Wie wir dem Kulturförderbericht entnommen haben, soll Bremen Musikstadt werden. Neben einer sehr erfolgreichen und etablierten Förderung der klassischen Musik und der Hochkultur mangelt es in Bremen bisher aber an der Förderung der Populärmusik.

FRAGE: Wie ist der Stellenwert für Populärmusik in dem kulturpolitischen Programm Ihrer Partei?

FRAGE: Hochkultur versus Popkultur oder kann eine gleich starke Unterstützung noch mehr Potentiale in der Stadt heben? Wie steht Ihre Partei dazu?

FRAGE: Welche Unterstützung plant Ihre Partei im Bereich der Populärmusik?

„Die SPD steht genauso für eine Stärkung der Freien Szene wie für eine Stärkung der traditionellen Kultureinrichtungen. Im Bereich der klassischen Musik hat Bremen bereits viel zu bieten, und das auch im Hineinwirken in die gesamte Stadtgesellschaft. Dies verdeutlichen einige Beispiele: Die Bremer Philharmoniker wirken als traditionsreiches Orchester weitreichend in die Stadtgesellschaft hinein, nicht nur durch ihre Konzerte, sondern auch durch breit gefächerte kulturpädagogische Angebote. Die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen fungiert als überregionale Botschafterin der Stadt und sorgt vor Ort gerade mit den Aktivitäten des Zukunftslabors für innovative Impulse auch für den sozialen Zusammenhalt.

Ein besonderes Ereignis ist immer das Musikfest Bremen, das inzwischen in die ganze Nordwest-Region mit Aktivitäten ausstrahlt. Dieses Engagement wirkt sich in der Konsequenz auch positiv auf die Freie Szene aus. In den letzten Jahren hat der Jazz in Bremen an Bedeutung gewonnen. Dies ist nicht zuletzt der jazzahead! zu verdanken. Auch in der Pop-Kultur hat sich, etwa mit dem Verein Musikszene Bremen e.V., ein wichtiges musikalisches Spektrum entwickelt. Zudem gibt es eine lebendige und attraktive Clubszene, die ein vielseitiges und gut angenommenes Angebot kleiner Konzerte hat. Wir wollen diese Entwicklung aktiv unterstützen.“



„Die Kultur in Bremen ist in ihrer kompletten Breite für uns wichtig. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen einzelnen Sparten. Darum wollen wir kein gegeneinander, sondern gleichermaßen institutionelle Kultur, freie Kulturszene, Spielstätten und freischaffende Künstlerinnen und Künstler fördern. Öffentlich geförderte Kultur soll alle Bevölkerungsgruppen erreichen, daher kommt der Popkultur und der Populärmusik mit ihrer ausgeprägten Reichweite in die Bevölkerung eine hohe Bedeutung zu.“

DIE LINKE.

„DIE LINKE hält die Trennung von Hoch- und Popkultur für überholt, sie ist nicht mehr zeit- und sachgemäß. Alle Musikbereiche repräsentieren zusammen das Musikleben in Bremen und Bremerhaven und bedürfen einer Förderung, die den je unterschiedlichen Bedürfnissen angemessen ist. Im Bereich der Popmusik sehen wir zum einen erheblichen Mangel an Proberäumen. Hier ist die Stadt Bremen gefordert, gemeinsam mit den Musiker*innen Lösungen zu schaffen. Zwischennutzung kann dabei nur eine kurzfristige Maßnahme sein, darf aber nicht dazu führen, dass Bands in der Stadt nur hin- und hergeschoben werden und immer wieder auch in der Luft hängen. Der lokalen Szene müssen verlässliche, langfristige und ausreichende Probenräume zur Verfügung stehen.

Zum zweiten sehen wir erhebliche Bedarfe in der sogenannten Jungen Szene, die mit alternativen Festivals, Freiluftpartys und auch neuen Clubstrukturen in den letzten Jahren die Stadt aufgewirbelt hat. Die bisherigen Förderinstrumente greifen für diese Initiativen nicht, hier muss im Kulturretat eine neue Förderlinie geschaffen werden.“

„Wir Freie Demokraten lieben Popmusik. Wir wollen, dass sie im Rahmen der Kulturförderung angemessen unterstützt wird. Wir wollen, dass sie im Rahmen der Schulbildung vermittelt wird.

Es geht nicht darum, die Musikstile gegeneinander auszuspielen. Es geht darum dafür zu sorgen, dass sich die Arten gegenseitig befruchten.

Wir Freie Demokraten wollen und werden solche und ähnliche Themen mit den Akteuren entwickeln.“

Freie
Demokraten
FDP

„Wir GRÜNE haben Clubkultur, Bands und Festivals explizit im Kulturkapitel unseres Wahlprogramms mit aufgeführt. Eine lebendige bunte Kulturszene bereichert uns alle als Gesellschaft und lässt unsere Städte aufblühen – dazu gehören selbstverständlich auch Clubs und Populärmusik. Die lebendige Clubkultur Bremens und die Akteur*innen hinter den Clubs, Spielstätten, Festivals möchten wir unterstützen, das steht auch so in unserem Programm. „Bremen lebt!“ und soll es auch weiterhin tun.

Wir GRÜNE glauben, dass Hochkultur und Popkultur, aber auch Subkultur, nicht nur nebeneinander, sondern miteinander existieren und funktionieren können. Gerade in der Kulturszene Bremens ist eine hohe Durchlässigkeit und Vernetzung gegeben – Akteur*innen sind häufig in unterschiedlichen „Szenen“ aktiv oder finden durch die Popkultur oder Subkultur, durch kleine Festivals, Zwischennutzungs- oder Clubprojekte den Weg in Projekte der Hochkultur, und auch umgekehrt. Das finden wir großartig und möchten wir verstärkt ermöglichen. Wir möchten keine Konkurrenz, sondern ein Miteinander. Das sollte sich allerdings auch in der Unterstützung und Förderung widerspiegeln. Bisher haben es Kulturprojekte, die nicht der Hochkultur angehören, schwerer – sie bekommen eine weitaus geringere finanzielle Unterstützung aus dem Kulturreport. Wir sehen Kultur als Grundstein und treibende Kraft des solidarischen Zusammenlebens, für uns ist Kultur das Fundament der Stadtentwicklung. Insofern möchten wir anregen, dass auch Mittel aus anderen Ressorts bereitgestellt werden, um Projekte der Club-, Pop- und Subkultur finanziell zu unterstützen und zu ermöglichen. Wir fordern einen eigenen Haushaltstitel für Subkultur, von dem sicherlich auch diverse Popkultur Projekte, wie z. B. Festivals, profitieren würden.

Im Kulturbereich insgesamt setzen wir GRÜNE uns für die Möglichkeit von Mikroförderungen (statt Krediten) ein, damit Kulturschaffende ihre Ideen auch kurzfristig realisieren können. Wir können uns gut vorstellen, dass auch der Bereich der Popkultur und Populärmusik davon profitieren würde. Außerdem unterstützen wir die Einrichtung eines Pop-Büros.

Bestehende Proberäume sollen langfristig erhalten bleiben, weitere Möglichkeiten müssen entwickelt werden. Ein Lärmschutzfonds soll bei Lärmschutzmaßnahmen unterstützen. Wir möchten ähnlich dem Hamburger „Live Concert Account“ den Clubs und Spielstätten bei den GEMA-Gebühren unter die Arme greifen, um Live-Musik strukturell besser zu fördern. Wir können uns auch vorstellen, dass ein „Förderkonzept Popkultur“ den Bereich systematisch und langfristig unterstützen könnte.“

Themenbereich: Vernetzung und Professionalisierung

Eine lebendige Popkultur sorgt bei jungen und gut ausgebildeten Menschen oft für eine hohe Identifikation mit einer Region und kann den Entschluss fördern, sich für diese zu entscheiden. Zahlreiche Städte haben das inzwischen erkannt und unterstützen die Popkultur somit als weichen Standortfaktor mit entsprechenden Einrichtungen wie Pop-Büros und Fachstellen für Populärmusik zur Förderung und Professionalisierung der Szene und der Akteure. In Bremen gibt es bislang keine derartige Stelle oder Einrichtung.

Wir fordern eine Koordinierungsstelle in Form eines Pop-Büros für die Vernetzung und Professionalisierung der Szene insbesondere durch bundesweite Förderprogramme sowie die Sicherung der Aktivitäten und der Geschäftsstelle des Clubverstärkers.

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu einer institutionellen Förderung des Clubverstärkers und der Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Form eines »Pop-Büros« für Bremen?

„Neben der Stärkung der Verbandsarbeit, die gerade auch dem künstlerischen Nachwuchs zugutekommen soll, ist es wichtig, eine unabhängige Einrichtung aufzubauen. Ihre Aufgabe könnte darin bestehen, sich nicht nur um gute Kontakte in die Szene und musikalische Netzwerke zu kümmern, sondern auch eine aktive Drittmittelakquise zu betreiben. Die Einrichtung eines „Pop-Büros“ halten wir in diesem Zusammenhang für eine sinnvolle Maßnahme.“



Freie
Demokraten
FDP

„Grundsätzlich finden wir die Idee sinnvoll. Zugleich muss geklärt werden, in welchem Umfang hierfür Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden können.“

„Wir GRÜNE unterstützen die Einrichtung eines Pop-Büros. Der Verein Clubverstärker ist in Bremen einzigartig und leistet dementsprechend wichtige Arbeit, nicht nur im Bereich der Vernetzung und der Lösung der Lärmproblematik, sondern auch in den Bereichen der Weiterbildung von Kulturakteur*innen, Förderung neuer Künstler*innen und Unterstützung von Akteur*innen der Club und Musikszene, sowohl bei bürokratischen Aufgaben als auch bei organisatorischen Herausforderungen, und nicht zuletzt kümmert sich der Verein u.a. mit einer langfristigen gemeinsamen Kampagne um Sicherheit im Nachtleben. Deshalb wollen wir die Bemühungen des Vereins um eine institutionelle Förderung in den kommenden Haushaltsverhandlungen unterstützen, damit dessen wichtige Arbeit auch in Zukunft gesichert ist und Bremens Kultur zugute kommen kann.“



DIE LINKE.

„Die LINKE unterstützt die Forderung nach einem Pop-Büro für Bremen und wir haben sie bereits in unser Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl aufgenommen. In anderen Großstädten haben sich solche Büros als ein Motor für die Entwicklung der lokalen Szene erwiesen, Bremen sollte von diesen Erfahrungen lernen. Generell halten wir auch die Förderung der Geschäftsstellen der Vereine der Freien Kulturszene für sinnvoll, die dann auch Aufgaben der Beratung für die Freie Szene z.B. zur Antragstellung übernehmen sollte. Zu diesen Vereinen zählt für uns auch der Clubverstärker.“

„Die notwendige Professionalisierung der freien Kulturszene, kann auch die Förderung des Clubverstärkers und die Schaffung eines Pop-Büros beinhalten. Dafür bedarf es einer notwendigen Abstimmung mit den Akteurinnen und Akteuren der freien Szene.“



Themenbereich: Musik ist kein Lärm!!!

Lärmbelästigung ist ein großes Thema im Nachtleben innerstädtischen Bereich. Clubkultur ist aber ein entscheidender Faktor für Lebensqualität in einer attraktiven Stadt und nebenbei Wirtschaftsfaktor und Touristenmagnet. Clubs und Kneipen sind Teil der Lösung und nicht des Problems, da **in** den Spielstätten Angebote geschaffen werden, die nicht für den Lärm **auf** den Straßen sorgen. Dennoch werden die Anforderungen an Ruhe der Anwohner im Innenstadtbereich und damit auch an die Clubs stetig höher und es kommt zunehmend zu Konflikten zwischen Clubbetreibern und Anwohnern, die den Betrieb und das Handeln der Veranstalter und Spielstättenbetreiber einschränken und sogar verhindern.

Zur Erhaltung der Clubkultur und Schaffung von Freiräumen fordern wir die Förderung von lärmindernden Ertüchtigungen der Musikclubs über die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte hin-aus, die erforderlich sind, um Konflikte und Klagen der Anwohner zu vermeiden und damit die Verträglichkeit von Wohnraum und Clubbetrieb in direkter Nachbarschaft mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Betroffenen nachhaltig zu gewährleisten in Form eines Lärmschutzfonds nach dem Berliner Modell. Die Erreichung dieses Ziels erfordert das Zusammenspiel von Clubbetreibern, Anwohnern, Vermietern sowie fachlich geeigneten Ingenieuren. Mit Hilfe eines Lärmschutzfonds sollen Maßnahmen bezuschusst werden, die geeignet sind, die oben genannten Zielsetzungen zu erreichen und Konfliktlagen zu entschärfen. Darüber hinaus sind konfliktvorbeugende Maßnahmen sowie die Erstellung von Lärmschutzkonzepten ausdrücklich in den Förderrahmen gewünscht.

FRAGE: Wie sieht Ihre Partei die Notwendigkeit das Thema Emissionen im Nachtleben zu behandeln, Stichwort „Mediterranisierung“? Bei welchen Akteuren sehen Sie diese Aufgabe (Clubs und Bars, Politik, Behörden, BremerInnen)?

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu der Einrichtung eines Lärmschutzfonds für die Umrüstung der Bremer Clubs nach dem Berliner Modell und wie kann dieser in Bremen realisiert werden? (<https://2018.laermschutzfonds.de>)



„Die SPD teilt die Auffassung, dass Musik grundsätzlich kein Lärm ist, je nach Lautstärke aber einen hohen Geräuschpegel erzeugen und damit subjektiv als Lärm wahrgenommen werden kann. Um diesen geht es gerade in den Fragen widerstreitender Interessen in der unmittelbaren Nachbarschaft. Das Lärmempfinden ist sehr individuell und führt insbesondere in Wohngebieten oftmals zu Konflikten, gerade in den Nachtstunden. Grundsätzlich kann Lärm krankmachen und zu einer großen Herausforderung für Anwohnerinnen und Anwohner in stark belasteten Quartieren werden. Die Reduzierung von Lärm ist und bleibt für uns deshalb ein wichtiges Anliegen. Grundsätzlich werden wir daher darauf drängen, dass Lärm, dort wo es möglich und sinnvoll ist, durch geeignete Maßnahmen an seiner Quelle reduziert wird.

Vor diesem Hintergrund muss ein verträgliches Miteinander zwischen Veranstaltern bzw. Kulturschaffenden und Anwohnerinnen und Anwohnern das Ziel sein. Auch eine an Lärmschutz orientierte Umrüstung von Bremer Clubs kann hier sicher Abhilfe schaffen. Die Unterstützung von Clubs bei Lärmschutzmaßnahmen halten wir für eine sinnvolle Fördermaßnahme. Sperrstunden-Regelungen hängen von konkreten Einzelfällen ab. Deshalb wird es keine durchgängigen Veränderungen geben können. Das Gleiche gilt für die Stellplatzverordnung. Ziel muss es jedoch sein, gute Veranstaltungsvoraussetzungen für Clubs zu schaffen, ohne dass das zu Beeinträchtigungen an anderer Stelle führt.“

„Der CDU Bremen ist ein gesellschaftliches Miteinander sehr wichtig. Das beinhaltet auch eine gegenseitige Rücksichtnahme und ein Interessenausgleich. Orte, in denen Clubs und Bars ihren Ursprung haben, müssen Bestandsschutz haben. Insbesondere das „Viertel“ ist durch vielfältige Angebote und der immer wieder aufkommenden Diskussion rundum Lärmemissionen Gegenstand von Diskussionen. Wir wollen, dass bestehende Clubs und Bars ihr Gewerbe uneingeschränkt, im Rahmen ihrer bisherigen Betriebserlaubnis, fortführen können. Inwiefern der Haushaltsgesetzgeber dabei mit einem Lärmschutzfonds unterstützen kann, wollen wir prüfen. Allerdings muss eine staatlich finanzierte Lärmschutzmaßnahme immer eine Einzelfallentscheidung sein, die keine pauschale Förderung mit sich bringt.“



DIE LINKE.

„Für uns gehört eine lebendige Club- und Kneipenkultur zu einer lebenswerten Großstadt.

DIE LINKE sieht daher die zunehmenden Konflikte zwischen Clubs und Anwohner*innen mit Sorge. Wir haben Verständnis für die Ruhebedürfnisse der Anwohner*innen haben, erwarten wir von ihnen aber Dialogbereitschaft und hoffen, dass alle Beteiligten Probleme möglichst direkt klären können. Wo dieses nicht gelingt, ist es auch Aufgabe der Politik, moderierend einzugreifen.

Einen Lärmschutzfonds halten wir bei uns noch nicht diskutiert. Nichtkommerzielle Projekte können bereits jetzt Förderanträge für Lärmschutzmaßnahmen stellen und haben dies in den letzten Jahren auch schon erfolgreich gemacht. Falls sich die Konfliktsituation um die Clubs in der kommenden Zeit jedoch weiter verschärfen sollte, muss über einen Fonds neu nachgedacht werden.“

„Wir Freie Demokraten erkennen das Bedürfnis von Anwohnerinnen und Anwohnern nach Nachtruhe an. Zugleich wissen wir, dass wir Großstadt sind. Wir wollen, dass Bremen als moderne Großstadt touristisches Zentrum und Kulturzentrum ist. Dazu gehört ein moderner Umgang mit dem Thema Emissionen. Hier ist es Aufgabe von Politik und Behörden sinnvolle, großstadtgerechte Lösungen zu vermitteln.

Wir Freie Demokraten finden die Idee sinnvoll und wollen gern ausloten, wie wir so etwas in Bremen realisieren.“

Freie
Demokraten
FDP



„Die Debatte rund um „Bremen lebt“ gibt es ja schon seit einigen Jahren. Hier besteht für alle Handlungsdruck. Es sind sicherlich alle aufgezählten Akteur*innen gefragt, aber eben mit unterschiedlichen Aufgaben. In einer Stadt wie Bremen, in der Kultur und Wohnen so dicht beieinander sind, gibt es immer auch Nutzungskonflikte. Anwohner*innen müssen vor Lärm geschützt werden, andererseits muss es auch die Möglichkeit geben, Clubs und Bars ohne unzumutbare Einschränkungen zu betreiben. Die Kulturakteur*innen suchen hier seit Jahren das Gespräch und zeigen sich vorbildlich kooperativ und konstruktiv. Aufgabe der Politik ist es jetzt, politische und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Bestand der Kultureinrichtungen zu schützen. Aber auch neue Clubs, Bars, Festivals müssen möglich sein können.

In unserem Wahlprogramm bekennen wir uns klar dazu, Freiräume und Flächen für Kreativität, Leben und Lärm bereitzustellen. Gesellschaftliche Prozesse wie die angesprochene „Mediterranisierung“ des Kulturlebens lassen sich nicht aufhalten. Stattdessen müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, und auch die Behörden müssen sich auf neue Realitäten einstellen, statt an alten Modellen festzuhalten. Instrumente wie die Einführung eines Lärmschutzfonds finden wir hilfreich, weil dieser allen Beteiligten zugute kommen würde.

Der Wunsch nach Einrichtung eines Lärmschutzfonds steht in unserem Wahlprogramm. Dieser soll sowohl den Clubs als auch anderen subkulturellen Projekten zugute kommen. Wir haben uns bereits mit dem Berliner Modell befasst und sind mit Berliner Kulturpolitiker*innen und Akteur*innen im Kontakt, um ein geeignetes Modell für Bremen zu entwickeln. Da die Sachlage in Bremen etwas anders ist als in Berlin und wir den Lärmschutzfonds gern breiter aufstellen möchten, um auch die Subkultur mit einzuschließen, wollen wir das Berliner Modell weiterentwickeln und den Bremer Bedürfnissen anpassen. Wir möchten die bestehenden Clubs schützen und neuen Projekten Möglichkeiten geben, die bisher häufig an der Lärmproblematik scheitern oder zumindest zu viel daran zu arbeiten haben, anstatt sich auf ihre eigentliche kulturelle Arbeit konzentrieren zu können. Am Ende halten wir einen Lärmschutzfonds für eine geeignete Idee, die allen Beteiligten und Betroffenen zugute kommt.“

Themenbereich: Behörden und Verwaltung

Spielstätten und Veranstalter scheitern oft an komplizierten und langwierigen Antragsverfahren und Behördenprozessen. In Bremen gibt es die härteste Sperrstundenregelung deutschlandweit, eine nicht zeitgemäße Stellplatzverordnung im Innenstadtbereich sowie keine zentrale Stelle für Genehmigungsverfahren in den Behörden. Wir fordern einfachere und zentrale Genehmigungsvorgänge, Neuregelung von veralteten Gesetzen sowie eine zentrale Anlaufstelle für die Belange von Veranstaltern und Spielstättenbetreibern.

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu einer zentralen Stelle für Genehmigungsverfahren und Kommunikation zwischen Behörde, Politik und Kultur?

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu der aktuellen Sperrstundenregelung?

FRAGE: Wie steht Ihre Partei zu der aktuellen Stellplatzverordnung?

„Gerade in der Pop- und Subkultur sehen wir in letzter Zeit immer häufiger, dass zwei Welten aufeinander treffen - sowohl in der Kommunikation als auch in der Organisation. Genehmigungsverfahren dauern lang, und die nur einmal jährlich stattfindende Projektmittelvergabe ist anachronistisch für die Entwicklung im Kulturbetrieb. Außerdem verbringen Akteur*innen zuviel Zeit mit formalen/bürokratischen Aufgaben, die sie lieber für ihre originäre kulturelle Arbeit nutzen sollten.

Ein weiterer Punkt ist, dass Kulturprojekte sich häufig an der Schnittstelle verschiedener Ressorts bewegen (neben Kultur eben auch Bau, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft, Bildung etc.) und dementsprechend oft viele Stellen mit einem einzelnen Projekt befasst sind, ohne dass es eine zentrale behördliche Verantwortung gäbe. In anderen Städten gibt es Stellen, die als Vermittler*innen tätig sind und „den Hut aufhaben“ als Unterstützung zur Koordinierung auch zwischen verschiedenen Ressorts – so etwas möchten wir auch für Bremen. Gern möchten wir dies zusammen mit euch ausgestalten.

Es gibt bisher keinen Parteibeschluss zur Sperrstundenregelung. Wir sind gern bereit, dieses Thema anzugehen und eine gute Lösung für alle Beteiligten zu finden. Hier sollten auch andere angesprochene Maßnahmen, wie Lärmschutz, mitgedacht werden. Man kann sicherlich auf Erfahrungen anderer Bundesländer mit anderen Regelungen zurückgreifen.

Wir setzen uns für die Modernisierung der Stellplatzverordnung ein. Parkraum nimmt zum einen viel Platz weg für städtische Lebensqualität in Bremen, insofern muss Parkraum in Bremen insgesamt reduziert werden. Zum anderen sehen wir immer wieder gerade bei Kulturinitiativen, wie z. B. dem Zucker e.V., dass die Stellplatzverordnung konkret zum Problem bei der Verwirklichung und Umsetzung wird – das darf nicht sein, Kulturprojekte sollen nicht an einer überholten Stellplatzverordnung scheitern.“



„Wir werden in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden einen Information- und Beratungsservice schaffen, der für die Freie Szene systematisch Informationen über Stipendien, Ausschreibungen und andere Fördermöglichkeiten sammelt und aufbereitet, und der Künstlerinnen und Künstler sowie andere Kulturschaffende bei der Bewerbung, Antragstellung sowie der Akquise von Aufträgen berät. Mit Blick auf die Zusammenarbeit mit der Verwaltung gilt es, die Chancen der Digitalisierung noch besser zu nutzen und in die Arbeitsprozesse der Verwaltung einzubinden. Deshalb arbeiten wir weiter an dem Ziel einer noch bürger- und serviceorientierteren Verwaltung und werden entsprechende Online-Angebote zur Qualitäts- und Serviceverbesserung in den Ämtern ausbauen.“



DIE LINKE.

„DIE LINKE teilt die Einschätzung, dass Genehmigungswege in Bremen zu umfangreich sind und oft auch zu lange dauern. Wir streben daher eine Bündelung von Kompetenzen sowie eine bessere Ausstattung der Verwaltung, um schneller Anträge bearbeiten zu können, an. Gerne möchten wir mit dem Clubverstärker in einen Dialog treten, um zu erfahren, an welchen Punkten es besonders oft zu Reibungsverlusten zwischen Clubs und Behörden kommt und dann gemeinsam Lösungen für einfachere Verfahren zu entwickeln. Wir sehen keinen Bedarf, an der aktuellen Sperrstundenregelung etwas zu ändern.

Die Stellplatzverordnung halten wir für nicht mehr zeitgemäß, es wird zu viel Parkraum in der Innenstadt verlangt und dem Autoverkehr dadurch zu viel Fläche zugewiesen. DIE LINKE tritt für eine ökologisch und sozial ausgeglichene Verkehrswende ein, in der es attraktiv ist, zum Feiern mit dem Rad oder dem ÖPNV zu fahren.“

„Die CDU Bremen unterstützt eine zentrale Stelle für Genehmigungsverfahren, damit sie schnelle und effektive Kommunikation gewährleistet werden kann. Dafür wollen wir auch die Potentiale der Digitalisierung nutzen.



Die Sperrstundenregelung in Bremen gilt von Montag bis Freitag von 2.00 Uhr bis 6.00 Uhr. Am Wochenende wurde sie bereits abgeschafft. In vielen anderen Bundesländern gibt es keine gesetzliche Sperrstunde mehr. Die CDU Bremen wird die gesammelten Erfahrungen anderer Bundesländer evaluieren und anschließend in einem Diskussionsprozess mit den betroffenen Akteurinnen und Akteuren die Sperrstundenregelung überarbeiten.

Die CDU Bremen plädiert für eine grundlegende Überarbeitung des Stellplatzortsgesetzes. Insbesondere die „starren“ Zonen und einzelnen Richtwerte müssen den heutigen Umständen angepasst werden. Außerdem muss der Umweltverbund sowie das Carsharing bei einer Überarbeitung stärker als bisher berücksichtigt werden. Insbesondere Gaststätten, Bars und Clubs, die entweder im zentralen Innenbereich bzw. gut durch ÖPNV-Angebote angebunden sind, sollten stärker als bisher von einer Stellplatzausweisung ausgenommen werden. Im Rahmen des geforderten Mobilitätsmanagements sollen z.B. auch kombinierte Eintrittskarten und ÖPNV-Tickets Einfluss auf die Ausweisung von Stellplätzen haben.“



„Wir Freie Demokraten wollen Bürokratie vereinfachen. Wir wollen Genehmigungsverfahren digitalisieren. Zudem wollen wir in vielen Bereichen das Prinzip der Ansprechpartner (One face to the customer) in vielen Bereichen etablieren. Das können wir uns auch für diesen Bereich sehr gut vorstellen.

Wir Freie Demokraten halten nichts von Sperrstunden. Einzig der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm ist aus unserer Sicht zu beachten, andere Einschränkungen sind zu streichen.

Wir Freie Demokraten stehen für eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer im Blick hat. Wir wollen, dass Bremen und Bremerhaven moderne Autostädte werden, die Carsharing, Ridesharing ebenso bieten wie Lademöglichkeiten für E-Autos. Wir setzen uns für ausreichend Stellplätze ein. Zugleich sind wir Willens die Verordnung zu überarbeiten.“